S 10 AL 769/99

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Freistaat Bayern
Sozialgericht	Bayerisches Landessozialgericht
Sachgebiet	Arbeitslosenversicherung
Abteilung	10
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 10 AL 769/99
Datum	20.03.2001

2. Instanz

Aktenzeichen	L 10 AL 271/01
Datum	04.09.2003

3. Instanz

Datum	-
-------	---

- I. Die Berufung des Klägers gegen das Urteil des Sozialgerichts Würzburg vom 20.03.2001 wird zurückgewiesen.
II. Außergerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten.
III. Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

Streitig ist die Rücknahme der Bewilligung und Rückforderung von Unterhaltsgeld (Uhg), Fahrtkosten und Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen in Höhe von 9.616,58 DM wegen Nichtantritts einer Berufsbildungsmaßnahme.

Der am 1971 geborene Kläger bezog zuletzt Arbeitslosengeld (Alg). Auf seinen Antrag vom 17.10.1995 wurde ihm eine berufsfördernde Bildungsmaßnahme (Umschulung zum Steuerfachgehilfen vom 23.10.1995 bis 22.07.1997) mit Bescheid vom 27.11.1995 bewilligt. Er bezog Uhg und Fahrtkostenersatz. Die Maßnahme endete für den Kläger am 16.05.1997, er wurde zur Abschlussprüfung nicht zugelassen. Die Zahlung von Unterhaltsgeld wurde eingestellt (20.05.1997) und ab 21.05.1997 bezog er Alg.

Am 13.11.1997 beantragte er die FÃ¶rderung der Teilnahme an einer beruflichen BildungsmaÃnahme (Teilwiederholung der ehemals bewilligten MaÃnahme). Im Beratungsvermerk vom 13.11.1997 war festgehalten worden, mit der Wiederholung bestehe EinverstÃ¤ndnis; Ã¼ber die regelmÃÃige Teilnahme sei eingehend gesprochen worden. Der KlÃ¤ger gab damals an, ab 12.01.1998 an dieser MaÃnahme teilzunehmen, die bis 10.07.1998 dauern sollte und versicherte, alle VerÃ¤nderungen mitzuteilen, die in den bisher angegebenen VerhÃ¤ltnissen eintrÃ¶fen. Das Merkblatt habe er erhalten und von seinem Inhalt Kenntnis genommen. Zugleich beantragte er die Erstattung der durch diese MaÃnahme entstehenden Fahrtkosten. Eine Bescheinigung Ã¼ber die Aufnahme in den entsprechenden Kurs lag vor. Mit Bescheid vom 26.02.1998 wurde ihm Uhg vom 12.01.1998 bis 10.07.1998 bewilligt. Die Fahrtkosten sollten in monatlichen Raten zu je 152,46 DM ausbezahlt werden (Bescheid vom 23.02.1998). Mit Schreiben vom 20.02.1998 wurde er aufgefordert, seinen Sozialversicherungsausweis vorzulegen, hieran wurde er mit Schreiben vom 22.06.1998 erinnert.

Am 09.07.1998 beantragte der KlÃ¤ger erneut Alg, das ihm bewilligt wurde. Ab 16.07.1998 erhielt er Arbeitslosenhilfe (Alhi). Bei seiner Vorsprache am 09.07.1998 hatte er lt. Beratungsvermerk angegeben, die PrÃ¼fung sei nicht bestanden worden.

Am 22.07.1998 teilte der MaÃnahmetrÃ¤ger mit, der KlÃ¤ger habe an keinem Tag am Wiederholungslehrgang teilgenommen. Auf weitere Nachfrage der Beklagten gab der KlÃ¤ger am 23.07.1998 an, er sei nicht zur MaÃnahme gegangen, weil er auf eine Teilnahmeberechtigung durch die Beklagte gewartet habe. Im April habe er sich selbst zur PrÃ¼fung anmelden wollen, dies sei aber zu spÃ¤t gewesen.

Mit Bescheid vom 28.09.1998 wurde die Bewilligung von Uhg, Fahrtkosten und LehrgangsgebÃ¼hren ganz zurÃ¼ckgenommen. Die gewÃ¤hrten Leistungen sowie gezahlte Kranken- und PflegeversicherungsbeitrÃ¤ge in HÃ¶he von insgesamt 9.616,58 DM seien zu erstatten.

Mit dem Widerspruch hiergegen brachte der KlÃ¤ger vor, er habe keinen Bewilligungsbescheid erhalten, vielmehr lediglich einen Aufhebungsbescheid wegen einer Ãberzahlung des Umschulungslehrganges vom Oktober 1995 bis Juni 1997 und zwei Bescheide zur Hinterlegung des Sozialversicherungsausweises.

Mit Widerspruchsbescheid vom 12.11.1998 wurde der Widerspruch zurÃ¼ckgewiesen.

Die dagegen zum Sozialgericht WÃ¼rzburg (SG) erhobene Klage hat der KlÃ¤ger damit begrÃ¼ndet, er habe mehrmals im FrÃ¼hjahr 1998 bei der Beklagten nachgefragt, wann er einen Bewilligungsbescheid erhalten werde, worauf ihm mitgeteilt worden sei, der Vorgang sei in Bearbeitung. Ein Bescheid vom 23.02.1998, den er erhalten habe, beziehe sich lediglich auf eine Ãberzahlung bzgl. der frÃ¼heren BildungsmaÃnahme. Weitere Bescheide habe er nicht erhalten. Erst am 09.07.1998 habe er erfahren, dass er ab 12.01.1998 Uhg und Fahrtkostenzuschuss â nicht aber Alg â erhalten habe. Er habe die MaÃnahme

somit ohne eigenes Verschulden nicht angetreten. Hilfsweise müsste er so gestellt werden, dass er Anspruch auf Alg für diese Zeit habe. Er habe in seinem Antrag vom 13.11.1997 lediglich angegeben, die (Wiederholungs-)Maßnahme beginne am 12.01.1998.

Das SG hat die Klage mit Urteil vom 20.03.2001 abgewiesen. Die Rücknahme und Erstattungsforderung bezügl. der bewilligten Leistung sei rechtmäßig. Der Kläger habe zumindest grob fahrlässig, er habe ein Merkblatt mit den entsprechenden Hinweisen erhalten, die Rechtswidrigkeit der beginnenden Festsetzungen nicht erkannt. Zum einen seien die Fahrtkosten für die Zeit vom 12.01.1998 bis 10.07.1998 getrennt vom Uhg überwiesen worden, die Zahlung von Alg sei zum 11.01.1998 eingestellt worden, worüber der Kläger einen Bescheid vom 28.01.1998 erhalten habe, und es sei davon auszugehen, dass ihm der Bewilligungsbescheid über die Leistung von Uhg und Fahrtkosten zugegangen sei. Es sei nicht glaubhaft, dass gerade und nur diese Bescheide den Kläger nicht erreicht haben, insbesondere weil er am 09.07.1998, einen Tag vor Ende der Wiederholungsmaßnahme, sich arbeitslos gemeldet und erklärt habe, er habe die Prüfung nicht bestanden. Im Übrigen habe er ggf. entsprechende Erkundigungen einholen müssen.

Dagegen hat der Kläger Berufung zum Bayer. Landessozialgericht eingelegt und zur Begründung vorgetragen: Ein Zugang des Bewilligungsbescheides sei nicht erwiesen. Der Kläger habe von der Bewilligung nichts gewusst. Ein Nichtantritt der Wiederholungsmaßnahme sei unsinnig, wenn sich der Kläger vorher gerade intensiv um diese bemüht habe. Im Übrigen habe der Kläger ansonsten einen Anspruch auf Alg. Die im Beratungsvermerk vom 09.07.1998 festgehaltenen Angaben würden bestritten werden und es sei im Urteil nicht festgestellt worden, worin die grobe Fahrlässigkeit des Klägers bestanden habe. Die Zahlung der Beklagten wären regelmäßig weitergelaufen.

Der Kläger beantragt, das Urteil des SG Würzburg vom 20.03.2001 sowie den Bescheid der Beklagten vom 28.09.1998 idG des Widerspruchsbescheides vom 12.11.1998 aufzuheben.

Die Beklagte beantragt, die Berufung zurückzuweisen.

Es komme nicht darauf an, ob der Kläger den Bewilligungsbescheid erhalten habe. Die grundsätzliche Forderung der Maßnahme sei ja bereits mit der Bewilligung der ursprünglichen Maßnahme erfolgt und im Beratungsgespräch vom 13.11.1997 sei der Kläger bereits in Kenntnis gesetzt worden, dass mit der Wiederholungsmaßnahme Einverständnis bestehe. Auch bzgl. der ursprünglichen Maßnahme habe der Kläger den Bewilligungsbescheid erst nach Beginn der Maßnahme erhalten, dennoch aber von Anfang an teilgenommen. Die Zahlung von Alg sei mit Bescheid ab 12.01.1998 aufgehoben worden. Zudem sei dem Kläger bekannt gewesen, dass er alle Veränderungen unverzüglich mitzuteilen habe, die in den Verhältnissen, die seinem Antrag vom 13.11.1997 zugrunde lagen, eintreten würden. Er habe den Nichtantritt der Maßnahme aber nicht angegeben.

Zur Erganzung des Tatbestandes wird auf die beigezogene Akte der Beklagten, die Gerichtsakten erster und zweiter Instanz sowie insbesondere auf die vom Klager vorgelegten Kontoauszuge und Bescheide aus der Zeit von Mai 1997 bis Oktober 1998, u.a. auf einen Änderungsbescheid vom 21.01.1998, worin der Klager auf die Restanspruchsdauer von Alg fur 18 Kalendertage ab 01.01.1998 hingewiesen wurde, Bezug genommen.

Entscheidungsgrunde:

Die form- und fristgerecht eingelegte Berufung ([ 143, 144, 151](#) Sozialgerichtsgesetz -SGG-) ist zulässig, aber nicht begründet. Zutreffend hat das SG die Klage gegen den Bescheid vom 28.09.1998 idG des Widerspruchsbescheides vom 12.11.1998 abgewiesen. Die Beklagte konnte die Bescheide vom 23.02.1998 und 26.02.1998 zurücknehmen und die Erstattung des zuviel geleisteten Uhg, der Fahrtkosten sowie der Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge in Höhe von insgesamt 9.616,58 DM verlangen.

Die Rechtsgrundlage fur die Rücknahme findet sich in [ 45 Abs 1, Abs 4, Abs 2 Satz 3 Nr 3](#) Zehntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB X) iVm [ 330 Abs 2](#) Drittes Buch Sozialgesetzbuch (SGB III) in der ab 01.01.1998 geltenden Fassung; die Erstattungsforderung selbst beruht auf [ 50 Abs 1 SGB X](#).

Nicht Streitgegenstand ist die Frage, ob dem Klager ggf. fur die Zeit vom 12.01.1998 bis 10.07.1998 Alg zusteht. Hierüber enthalten die angegriffenen Bescheide keine Regelung. Der von der Beklagten erwähnte Bescheid vom 28.01.1998 über die Einstellung der Zahlung von Alg zum 11.01.1998 ist  zumindest im vorliegenden Verfahren  nicht angegriffen worden.

Ob die Bescheide vom 23.02.1998 und 26.02.1998 bekanntgegeben ([ 37 SGB X](#)) und damit wirksam ([ 39 Abs 1 SGB X](#)) geworden sind, kann offen bleiben. Sollte eine Bekanntgabe tatsächlich nicht erfolgt sein, so wäre die Überweisung des Uhg und der Fahrtkosten auf das Konto des Klagers eine ohne Verwaltungsakt gewährte Leistung, die nach [ 50 Abs 2 SGB X](#) zurückgefordert werden könnte. [ 45 SGB X](#) wäre dann entsprechend anwendbar ([ 50 Abs 2 Satz 2 SGB X](#)), so dass die dort genannten Voraussetzungen ebenfalls zu prüfen sind. Wegen identischer Interessenlage ist dann auch [ 330 Abs 2 SGB III](#) entsprechend heranzuziehen.

Gemäß [ 45 Abs 1 SGB X](#) darf ein Verwaltungsakt, der ein Recht oder einen rechtlich erheblichen Vorteil begründet oder bestätigt hat, zurückgenommen werden, soweit er rechtswidrig ist. Er wird mit Wirkung fur die Vergangenheit in den Fllen des [ 45 Abs 2 Satz 3 und Abs 3 Satz 2 SGB X](#) zurückgenommen ([ 45 Abs 4 Satz 1 SGB X](#)), d.h. soweit der Begünstigte die Rechtswidrigkeit des Verwaltungsaktes kannte oder infolge grober Fahrlässigkeit nicht kannte ([ 45 Abs 2 Satz 3 Nr 3](#) HS 1 SGB X). Gemäß [ 330 Abs 2 SGB III](#) ist der Verwaltungsakt mit Wirkung fur die Vergangenheit zurückzunehmen, wenn die in [ 45 Abs 2 Satz 3 SGB X](#) genannten Voraussetzungen fur die Rücknahme eines rechtswidrig begünstigenden Verwaltungsaktes vorliegen; eine

Ermessensent- scheidung ist dann nicht zu treffen.

Mit den Bescheiden vom 23.02.1998 und 26.02.1998 erließ die Beklagte begünstigende Verwaltungsakte. Dem Kläger wurde Uhg und Fahrtkostenerstattung für die Zeit vom 12.01.1998 bis 10.07.1998 bewilligt. Sollte der Bewilligungsbescheid nicht bekanntgegeben worden sein, so wäre wegen der entsprechenden Anwendung des [Â§ 45 SGB X](#) (vgl. oben) diese Voraussetzung durch Eingang des jeweiligen Unterhaltsgeldes und der Fahrtkosten (jeweils monatlich getrennte Zahlung) auf dem Konto des Klägers als erfüllt anzusehen.

Die Bewilligung war im Zeitpunkt ihres Erlasses bzw. im Zeitpunkt des erstmaligen Einganges des Uhg und der Fahrtkosten auf dem Konto des Klägers auch rechtswidrig gewesen. Der Kläger hat nämlich am Lehrgang von Anfang an nicht teilgenommen. Dies wird von ihm nicht bestritten. Somit steht ihm von Anfang an weder Uhg noch Fahrtkostenerstattung zu.

Der Kläger kannte auch die Rechtswidrigkeit der Bescheide vom 23.02.1998 und 26.02.1998 bzw. der jeweiligen Überweisung, zumindest war ihm dies infolge grober Fahrlässigkeit nicht bekannt. Grobe Fahrlässigkeit liegt vor, wenn der Begünstigte die erforderliche Sorgfalt in besonders schwerem Maße verletzt hat ([Â§ 45 Abs 2 Satz 3 Nr 3](#) HS 2 SGB X). Die erforderliche Sorgfaltspflicht in besonderes schwerem Maße verletzt, wer einfachste, ganz naheliegende Überlegungen nicht anstellt, da er nicht beachtet hat, was im gegebenen Fall jedem hätte einleuchten müssen (BayLSG vom 10.12.2001 â€‹ [L 10 AL 93/99](#) â€‹ veröffentl. in Juris mwN); dabei ist das Maß der Fahrlässigkeit insbesondere nach der persönlichen Urteils- und Kritikfähigkeit, dem Einsichtsvermögen des Begünstigten sowie den besonderen Umständen des Falles zu beurteilen (subjektiver Fahrlässigkeitsbegriff). Der Fehler muss dem Begünstigten bei seinen subjektiven Erkenntnismöglichkeiten aus anderen Gründen â€‹ wenn nicht aus dem Bescheid selbst erkennbar â€‹ geradezu "ins Auge springen" (BSG [SozR 3-1300 Â§ 45 Nr 45](#)).

Der Kläger mag zwar mangels Bekanntgabe des Bewilligungsbescheides nicht gewusst haben, dass die Maßnahme bewilligt wurde und er Uhg und Fahrtkostenerstattung erhält, und wegen der Verschlüsselung der Art der Zahlung auf den Kontoauszügen, die der Kläger erhielt â€‹ die entsprechenden Schlüssel entsprechen aber nicht der Art der Leistung â€‹ "sprang" ihm die Fehlerhaftigkeit der Leistung allein durch diese Auszüge nicht "ins Auge", allerdings musste er aus der Zusammenschau zwischen dem Bescheid vom 21.01.1998 (Restanspruchsdauer 18 Kalendertage ab 01.01.1998), der Überweisung vom 30.01.1998 (Auszug erstellt am 03.02.1998) über eine Leistung vom 01.01. bis 11.01.1998 in Höhe von 401,72 DM und dem Kontoauszug vom 02.03.1998 (Überweisung in Höhe von 1.595,74 DM für den Zeitraum 12.01.1998 bis 28.02.1998 wissen bzw. er erkannte grob fahrlässig nicht, dass ihm dieser Betrag nicht zustehen könne. Als er den Bescheid vom 21.01.1998 erhielt und sich den Kontoauszug vom 03.02.1998 erstellen ließ, musste er davon ausgehen, dass â€‹ nachdem auf dem Kontoauszug der Zahlungszeitraum 01.01. bis 11.01.1998 angegeben war â€‹ die Restanspruchsdauer auf Alg lediglich noch 7

Tage betragt. Wenn er dann auf dem Auszug vom 02.03.1998 einen Zahlungszeitraum vom 12.01. bis 28.02.1998 feststellt und die Hhe der Zahlung mit dem blicherweise erhaltenen Alg in Hhe von ca 500 DM fr jeweils 2 Wochen vergleicht, so hat er zumindest grob fahrlssig nicht erkannt, dass es sich bei diesem Betrag und dem auf dem Auszug angegebenen Zeitraum nicht um das restliche Alg (7 Tage) gehandelt haben kann. Dies ergibt sich bereits daraus, dass es sich bei dem angegebenen Zeitraum um ca. 6 Wochen handelte und der Betrag in Hhe von 1.595,74 DM in etwa der Summe entsprach, die er htte ein Anspruch auf Alg fr die gesamte Dauer bestanden fr diese gesamte Zeit als Alg erhalten htte. Er konnte somit auf jeden Fall nicht davon ausgehen, dass es sich um ihm zustehendes Alg handelte. Mangels Antrages konnte er auch keinen Anspruch auf Alhi haben. Als einzig weiteren Antrag hatte der Klger nmlich den Antrag auf Bewilligung der Manahme und diesbezgliche Leistungen gestellt.

Der Klger musste auch vom Inhalt insbesondere des Bescheides vom 21.01.1998 Kenntnis nehmen; eine Obliegenheit, Bescheide zu lesen und zur Kenntnis zu nehmen, besteht nmlich, auch wenn diese nicht ausdrcklich gesetzlich geregelt ist (BSG [SozR 3-1300 45 Nr 45](#)). Dieser Bescheid war auch nicht sehr umfangreich und die wesentlichen Punkte (Anspruchsdauer Alg 18 Kalendertage) waren deutlich hervorgehoben.

Aus der Zusammenschau dieses Bescheides vom 21.01.1998 sowie der erfolgten Zahlungen musste der Klger bei zumutbarer Anstrengung der erforderlichen Sorgfalt somit erkennen, dass ihm die Leistung aufgrund der berweisung vom 02.03.1998 nicht zusteht bzw. dass es sich nicht um Alg handeln kann.

Die Bewilligungsbescheide vom 23.02.1998 und 26.02.1998 bzw. die entsprechenden Auszahlungen sind fr die Vergangenheit also fr die Zeit vom 12.01.1998 bis 10.07.1998 zurckzunehmen. Ein Ermessen ist nicht auszben ([330 Abs 2 SGB III](#)).

Die weiteren Voraussetzungen zur Rcknahme (Jahresfrist gem [45 Abs 4 Satz 2 SGB X](#)) sind eingehalten worden; die erforderliche Anhrung ([24 Abs 1 SGB X](#)) ist im Widerspruchsverfahren nachgeholt worden ([41 Abs 1 Nr 3, Abs 2 SGB X](#)).

Der berzahlte Betrag ist gem [50 Abs 1 Satz 1 SGB X](#) bzw. gem [50 Abs 2 SGB X](#) zu erstatten. Die Hhe des Erstattungsbetrages ist von der Beklagten zutreffend berechnet worden. Die berzahlten Kranken- und Pflegeversicherungsbeitrge sind gem [335 Abs 1 Satz 1, Abs 5 SGB III](#) zu erstatten.

Nach alledem ist die Rcknahme der Bewilligung und die Erstattungsforderung rechtmig und die Berufung zurckzuweisen.

Die Kostenentscheidung beruht auf [193 SGG](#).

Grnde, die Revision zuzulassen, liegen nicht vor ([160 Abs 2 Nrn 1 und 2 SGG](#)).

Erstellt am: 01.12.2003

Zuletzt verändert am: 22.12.2024